

Stand: 31.05.2026 03:52:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4118

"Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen - Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4118 vom 27.11.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 28.11.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4841 des VF vom 23.01.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5049 vom 19.02.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Meinungsfreiheit in Bayern stärker verteidigt wird und die Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung geschützt werden.

#### **Begründung:**

Die Meinungs-, und die Pressefreiheit stehen auch in Bayern massiv unter Druck. Die Strafverfolgungsbehörden greifen aktuell zu teils überzogenen Maßnahmen.

Ein Beispiel für die Verhängung von drakonischen Strafen im Bereich der Beleidigungsdelikte ist das Strafverfahren gegen den Herausgeber und Chefredakteur des Medienorgans „Deutschland-Kurier“ wegen einer „Gegen eine Person des politischen Lebens gerichteten Beleidigung“. Anlass für das Ermittlungsverfahren war ein „Meme“, das das Medienorgan veröffentlicht hatte. In dem Beitrag wurde indirekt Bezug genommen auf ein Foto, welches auf dem Twitter-Account (jetzt X) des Bundesministeriums des Innern und für Heimat veröffentlicht wurde. Dieses zeigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser, wie sie ein ca. DIN-A3-großes Banner mit der Aufschrift „WE REMEMBER“ hält. In einer Bildmontage ersetzte das Medienorgan das Plakat durch die Worte „Ich hasse die Meinungsfreiheit!“. Aufgrund dieser Fotocollage unterzeichnete die Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 28. Mai 2024 einen Strafantrag gegen den Chefredakteur.

Das Amtsgericht Bamberg erließ daraufhin einen Strafbefehl in Höhe von 210 Tagessätzen, obwohl es sich bei der zur Last gelegten Beleidigung bezüglich des „Faeser-Memes“ eher um eine harmlose Persönlichkeitsverletzung handelt, die auch noch als straffreie satirische Äußerung gewertet werden könnte. Die Strafen für Beleidigungen bei gewöhnlichen Bürgern liegen sonst im Bereich von 30-40 Tagessätzen. Darüber hinaus müssen Politiker nach der Rechtsprechung des BGH in den Medien auch mehr aushalten als andere Prominente. Die Meinungsfreiheit wird hierbei vielfach nicht ausreichend gewürdigt.

Die Verfolgung von Journalisten oder Medienorgane wiegt umso schwerer, da zumeist Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützten Grundrechte der Meinungs-, Presse-, und Kunstfreiheit, Art. 5 Grundgesetz (GG), einhergehen und den Medien in der Demokratie eine besonders wichtige Rolle zukommt.

Ein weiteres Beispiel ist der Fall des Rentners aus Unterfranken. Dieser hatte im Juni 2024 ebenfalls ein „Meme“ auf X retweetet. Darauf zu sehen: Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck mit dem an den Werbeauftritt von Schwarzkopf angelehnten Schriftzug „Schwachkopf PROFESSIONAL“. Daraufhin wurde ein Ermitt-

lungsverfahren gegen den Rentner wegen des Verdachts einer Beleidigung gegen Personen des politischen Lebens § 188 Strafgesetzbuch (StGB) u. a. eingeleitet. Der Bundesminister Robert Habeck stellte im Verfahren Strafantrag.

Daraufhin wurde erst kürzlich beim Beschuldigten um 6 Uhr morgens eine Hausdurchsuchung durchgeführt und elektronische Geräte beschlagnahmt. Die Zahl Hausdurchsuchungen wegen Beleidigungsdelikte hat seit der Änderung des § 188 StGB mit der Einführung der „Politikerbeleidigung“ im Jahr 2021 deutlich zugenommen. Die Hausdurchsuchung im Ermittlungsverfahren ist bei Beleidigungsdelikten gegen Politiker mittlerweile die Regel und nicht mehr die Ausnahme, obwohl das Bundesverfassungsgericht regelmäßig feststellt, dass nicht wegen jeder beliebigen Straftat eine Hausdurchsuchung beim Beschuldigten durchgeführt werden darf. Die Hausdurchsuchung stellt einen schweren Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung dar und muss im Verhältnis zur Schwere der Tat stehen. Im oben genannten Fall geht es um eine Beleidigung, was eines der mildesten Delikte im deutschen Strafrecht darstellt und darüber hinaus auch noch als Grenzfall zur Satire anzusehen ist. Die Durchsuchung dürfte daher ebenfalls unverhältnismäßig gewesen sein. Hinzu kommt, dass der zu Grunde liegende Durchsuchungsbeschluss offenbar größtenteils nur aus Textbausteinen und formelhaften Begründungen besteht.

Es entsteht bei den Bürgern daher vielfach der Eindruck, dass die hohen Strafen und Durchsuchungen bei den Beschuldigten zur Einschüchterung oder Abschreckung genutzt werden und die Justiz zur Bekämpfung von politischen Gegnern oder missliebigen Medien missbraucht wird. Um das verloren gegangene Vertrauen in die Justiz und in den Staat im Allgemeinen wiederherzustellen, sollte die Staatsregierung hier unverzüglich gegensteuern.

Ich möchte die Geduld der Mitglieder dieses hochgeschätzten Hohen Haus nicht weiter strapazieren.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Allgemeiner Beifall – Heiterkeit)

Bayern hat eine Speicherstrategie. Wir geben 100 Millionen Euro für die Kernfusion aus. Wir haben ein Forschungsprogramm für Energien. Wir sind gut aufgestellt. Wir brauchen uns nicht maßregeln zu lassen von Rot, von Grün oder sonst irgendwem. Ich wünsche einen schönen Feierabend. Danke für die Aufmerksamkeit. Dieser Antrag wäre abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Sind Sie wirklich schon fertig, Herr Kollege Lausch? – Sie haben jetzt 9 Minuten 55 Sekunden hergeschenkt.

(Heiterkeit)

Die Anträge, die eben diskutiert wurden, werden dann in der nächsten Plenarsitzung abgestimmt. Das sind die Anträge auf den Drucksachen 19/4114, 19/4115, 19/4146 und 19/4147.

Die heute nicht behandelten Dringlichkeitsanträge gehen an die Ausschüsse: Die Anträge auf den Drucksachen 19/4116, 19/4148, 19/4117 und 19/4118 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4119 mit 19/4121 werden in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Danke für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,  
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/4118

**Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen - Schutz der Bürger vor unverhältnismä-  
ßiger Strafverfolgung**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**  
Mitberichterstatter: **Martin Stock**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4118, 19/4841

**Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheinen alle Fraktionen des Hauses zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### **Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. Dezember 2024 betreffend
  1. Vf. 9-VIII-24 (vormals Vf. 5-VIII-18)  
Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
    1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
    2. Bayerische Staatsregierung vom 26. März 2018/25. September 2021 über die Frage, ob
      1. § 1 Nrn. 3 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388),
      2. § 1 Nrn. 6, 8, 9 und 26 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) und
      3. § 1 Nrn. 4, 7, 17 und 20 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418)die Bayerische Verfassung verletzen.
  2. Vf. 10-VII-24 (vormals Vf. 7-VII-18)  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Abs. 2, Art. 34 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 247) geändert worden ist.

## 3. Vf. 11-VIII-24 (vormals Vf. 10-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag  
und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 6. Juni 2018/28. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23  
Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des  
Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts  
(PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 7, 18, 19 Buchst. a, Nrn. 21, 22, 27 und 31 des Gesetzes zur  
Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom  
23. Juli 2021 (GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

## 4. Vf. 12-VIII-24 (vormals Vf. 16-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin  
BayernSPD-Landtagsfraktion  
und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 5. September 2018/30. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e,  
Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst.  
b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42  
Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung  
des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018  
(GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 18, 19, 21 bis 29, 31, 34, 47 des Gesetzes zur Änderung des  
Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021  
(GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

Drs. 19/4819 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Peter Wachler bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Berichts Antrag zum Hochwasserschutz im Donauried  
Drs. 19/3867, 19/4868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Waldumbau und waldangepasste Wildbestände –  
in Zeiten der Klimakrise wichtiger denn je  
Drs. 19/3887, 19/4866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Öltanks erfassen, Ölkatastrophen bei Starkregen  
und Hochwasser vorbeugen!  
Drs. 19/3895, 19/4869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer u.a. SPD  
Bericht zu den Maßnahmen zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung  
Drs. 19/3904, 19/4856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Gezielt und sozial gerecht: Staffelung des Landespflegegeldes  
und Investitionen in die Pflegeinfrastruktur  
Drs. 19/4078, 19/4862 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen – überörtliche  
Katastrophenschutzlager jetzt einrichten!  
Drs. 19/4093, 19/4794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)  
Förderung von Klimaextremisten durch das Staatsministerium  
für Umwelt und Verbraucherschutz darlegen  
Drs. 19/4097, 19/4870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)  
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen I  
Drs. 19/4104, 19/4849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)  
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen II  
Drs. 19/4105, 19/4850 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung  
Drs. 19/4118, 19/4841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a.  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Zeitgemäße Leistungserhebungen in bayerischen Schulen  
Drs. 19/4151, 19/4857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Young Carer: Kinder und Jugendliche mit Sorgeverantwortung in Bayern  
Drs. 19/4169, 19/4863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Jürgen Baumgärtner, Holger Dremel u.a. CSU Energieberater müssen Energieeffizienz-Nachweise für Bauanträge ausstellen dürfen!  
Drs. 19/4197, 19/4867 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal I: Überprüfung aller Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug  
Drs. 19/4251, 19/4842 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal II: Richtervorbehalt einführen  
Drs. 19/4252, 19/4843 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal III: Lückenlose Dokumentation von Grundrechtseingriffen in Bayerischen Gefängnissen  
Drs. 19/4253, 19/4846 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Folgen aus dem Folterskandal IV: Rechtsschutz auch bei der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen  
Drs. 19/4254, 19/4844 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug  
Drs. 19/4255, 19/4845 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Folgen aus dem Folterskandal VI: Grundrechtssensible Ausstattung von besonders gesicherten Hafträumen  
Drs. 19/4256, 19/4847 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Folgen aus dem Folterskandal VII: Sicherstellung einer intensiven medizinischen und psychologischen Betreuung in Krisensituationen  
Drs. 19/4257, 19/4848 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Folgen aus dem Folterskandal VIII: Massiver Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung im bayerischen Justizvollzug  
Drs. 19/4258, 19/4878 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD) Zamperl und Co. sind keine Weihnachtsgeschenke: Aufklärungskampagne gegen Tiere unterm Weihnachtsbaum und mehr Unterstützung für die bayerischen Tierheime  
Drs. 19/4317, 19/4871 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Daniel Artmann u.a. CSU  
Änderung der Voraussetzungen zur Bekämpfung der Stechmücke am Chiemsee  
Drs. 19/4344, 19/4872 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Anhörung zur Novellierung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern  
Drs. 19/4347, 19/4877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kontinuität im bayerischen Wiesenbrüter- und Feldvogelschutz  
Drs. 19/4357, 19/4873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
AIF für Finanzholding aus Bayern Heim,  
Stadibau und Siedlungswerk Nürnberg  
Drs. 19/4358, 19/4855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Weniger Sorgen und mehr konkrete Unterstützung für unsere „Young Carer“  
Drs. 19/4359, 19/4864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bestehende gesetzliche Regelungen zum Walzverbot anpassen  
Drs. 19/4384, 19/4874 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU  
Evaluation der Auflagen durch das Volksbegehren  
Drs. 19/4385, 19/4875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Die Gesundheit der Lehrkräfte an Bayerns Schulen sofort  
und umfassend schützen und stärken  
Drs. 19/4411, 19/4854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)  
Geldbußen gemäß Art. 119 des Bayerischen Gesetzes  
über das Erziehungs- und Unterrichtswesen rigoroser verhängen  
Drs. 19/4435, 19/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Verpflichtung für Fachfortbildungen von mindestens 30 Stunden pro Schuljahr für bayerische Lehrkräfte einführen  
Drs. 19/4438, 19/4859 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Klimaziele 2040 vor dem Aus - Bericht des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie  
Drs. 19/4550, 19/4689

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Der Antrag wird für erledigt erklärt.**

35. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Maul- und Klauenseuche in Brandenburg: Bayern muss jetzt handeln!  
Drs. 19/4574, 19/4876

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

**Der Antrag wird für erledigt erklärt.**

36. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Umsetzungsstand des Konzepts Katastrophenschutz Bayern 2025  
Drs. 19/4171, 19/4610 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**

Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>